

4. Der westliche Balkan: So nah und doch so fern – Beitritts- debatte um die Balkanstaaten

HOLGER-MICHAEL ARNDT

Die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union beherrscht seit geraumer Zeit die Schlagzeilen der Medien. Täglich erscheinen neue Meldungen, die den Fortbestand der Union in Frage stellen. Alle möglichen Zweifel an der Stabilität des Euro haben inzwischen weite Teile der europäischen Bevölkerung – nicht nur innerhalb der Europäischen Union – erreicht. In Deutschland haben sie sogar zur Entstehung einer ganz neuen Partei, der ADF (»Alternative für Deutschland«), beigetragen. Das zuweilen ungewohnt reißerische Interesse an der Politik der Europäischen Union ist derzeit aber fast vollständig begrenzt auf die so genannte Krise einzelner Mitgliedstaaten. Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union findet so fast unbemerkt statt. Es wird häufig sogar der Eindruck erweckt, es gebe sie überhaupt nicht. Aussagen in Presse und Politik tragen dazu bei, dass sich die Meinung verbreitet, der Erweiterungsprozess der Europäischen Union sei bereits abgeschlossen. Der europäische Integrationsprozess war jedoch vom Beginn der Europäischen Gemeinschaft(en) an nicht nur von der Diskussion um eine Vertiefung der Politiken der Mitgliedstaaten geprägt; als zweites wichtiges europäisches Instrument wurde von Anfang an der kontinuierlich verlaufende Prozess der Erweiterung, getragen vom Gedanken an ein voranschreitendes Zusammenwachsen der Völker Europas, betrachtet.

Bereits in den Gründungsverträgen war die prinzipielle Erweiterungsmöglichkeit als Instrument zur Friedenssicherung der damaligen Europäischen Gemeinschaft angelegt. Jean Monnet, Vordenker der ersten Europäischen Gemeinschaft, hat bewusst die geografische Finalität der Europäischen Integration offen gelassen. Mehr noch, in der Präambel der ersten Europäischen Gemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, ist der Auftrag verankert, die Völker Europas dazu einzuladen, sich dem Integrationsprojekt anzuschließen. Bis heute ist dieser Passus in der Präambel des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der einen Teil des 2009 in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon bildet, unverändert enthalten. In der mehr als fünfzigjährigen Geschichte des Erweiterungsprozesses wurden insgesamt sechs Erweiterungsrunden vollzogen. Bereits mit den als historisch anzusehenden Beitritten im Mai 2004 konnte der ehemalige »Eiserne Vorhang«, der Europa in einen östlichen und einen westlichen Teil geteilt hatte, in vielerlei Hinsicht überwunden werden. Die Erweiterung um Kroatien 2013 war noch einmal von ganz besonderer Bedeutung, da mit ihr das Ende der jahrzehntelangen Teilung des europäischen Kontinents weiter vorangetrieben werden konnte, auch wenn dieser Prozess noch nicht beendet ist. Obwohl die jüngste Erweiterung erst im Jahr 2013 erfolgte, steht die Frage der vollständigen Einbettung der Staaten



Abb. 1 Von links: Der Präsident von Montenegro Filip Vujanovic, der Präsident von Bosnien und Herzegowina Zeljko Komiscic, Albaniens Präsident Bujar Nishani, Kroatiens Präsident Ivo Josipovic, Ehrengast Francois Hollande, französischer Präsident, Sloveniens Präsident Borut Pahor, der Präsident des Kosovo Atifete Yahyaga, Mazedoniens Präsident Gjorge Ivanov und der serbische Präsident Tomislav Nikolic – auf einer Konferenz des »Brdo Prozesses« in Brdo, Slowenien am 10.7.2013.

© Midhat Poturovic/Anadolu Agency, dpa, picture alliance

des westlichen Balkans in die Europäische Union, beinahe unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit, bereits seit längerer Zeit auf der Agenda der europäischen Akteure in Brüssel. Immer noch sind weitere Länder des europäischen Kontinents eingeladen, selbst Mitglieder der Europäischen Union zu werden. Die Anforderungen für einen Beitritt steigen allerdings ständig an.

Entscheidende Weichenstellungen für den Westbalkan werden 2014 erfolgen

Das erste Halbjahr des Jahres 2013 war aus der Sicht der Staaten des sogenannten westlichen Balkans durch eine Reihe weitreichender Entscheidungen gekennzeichnet. Mit dem Beitritt Kroatiens als Vollmitglied in die Europäische Union zum 1. Juli 2013 wurde das erste Land aus dieser Region in die Europäische Union aufgenommen. Den Befürchtungen, die Länder des westlichen Balkans könnten, was ihre weitere Integration in die EU angeht, womöglich aufs Abstellgleis gestellt werden, wurde damit eine klare Absage erteilt.

Die Europäische Union hat für diese Staaten ein wichtiges Zeichen gesetzt: Die Beschlüsse des Europäischen Rats von Thessaloniki aus dem Jahr 2003 werden auch zehn Jahre später noch eingehalten, jedes Land in der Region wird individuell nach seinen Erfolgen und Fortschritten bewertet. Damals hatte der Europäische Rat jedem einzelnen Land des westlichen Balkans eine klare Beitrittsperspektive zugesichert, sobald bestimmte Kriterien erfüllt würden. Auf diese Weise wurde allerdings auch jedes Land dieser Region zum potenziellen Kandidaten für eine Vollmitgliedschaft

in der Europäischen Union. Kroatien hat es nun geschafft und möchte als Zugpferd für die gesamte Region, zusammen mit Slowenien, auch die anderen Länder des ehemaligen Jugoslawien sowie Albanien auf dem Weg in die Europäische Union unterstützen. Dazu starteten der slowenische Präsident Borut Pahor und sein kroatischer Amtskollege Ivo Josipovic eine Initiative: Sie luden die Länder des ehemaligen Jugoslawien, inklusive die Republik Kosovo und Albanien, zu einem Treffen in den slowenischen Ort Brdo ein; ein symbolträchtiger Ort, wo sich in der Vergangenheit häufig der ehemalige Staats- und Parteichef Jugoslawiens, Josip Broz »Tito« in seiner Villa aufhielt. Diese Regionalinitiative geht sie von zwei Staaten aus, die noch bis vor kurzem selbst ein bilaterales Problem zu lösen hatten, und nun mit positivem Beispiel vorangehen können.

Die Erweiterung der EU

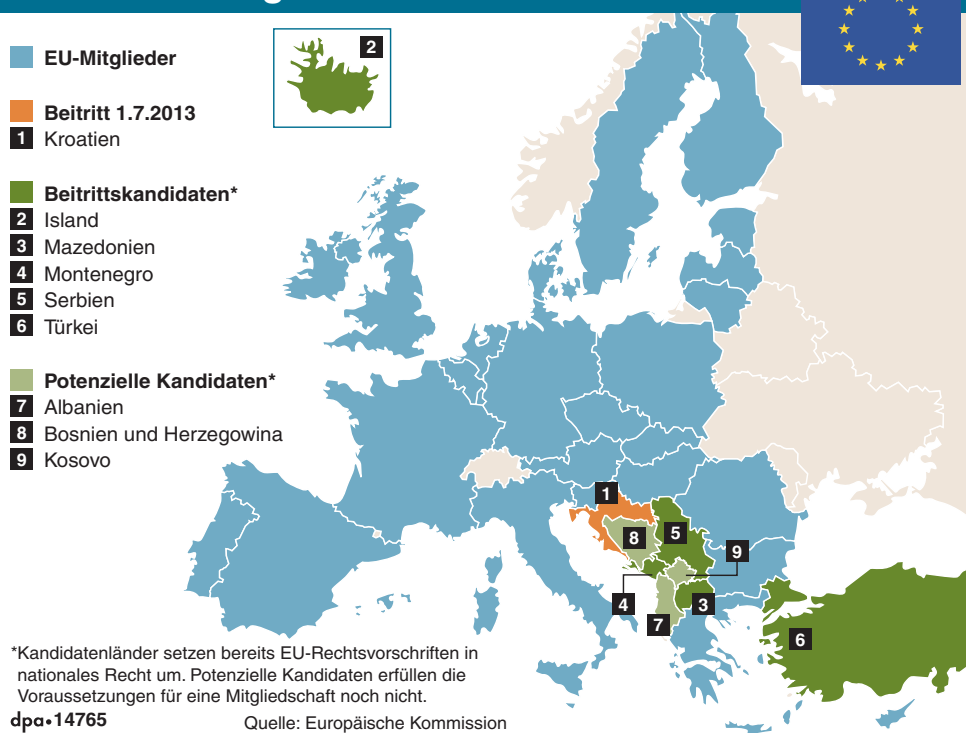


Abb. 2 Die EU und ihre Beitrittskandidaten, Stand 2013

© dpa, picture alliance

Situation der Länder des Westbalkans im Hinblick auf ihre EU-Integration

100 Jahre nach dem Ende der zwei Balkankriege und dem sich anschließenden Ersten Weltkrieg ist die Region in vielerlei Hinsicht immer noch zerrüttet und geprägt von historischen Reminiszenzen, Nationalismen sowie ethnischen und religiösen Vorurteilen. Ein flagrantes Beispiel ist Bosnien-Herzegowina. Hier tobte der ethnische Konflikt zwischen den verfeindeten Parteien in den 1990er Jahren besonders heftig, das Massaker in der Nähe der ehemaligen UN-Schutzzone Srebrenica im Juli 1995, bei dem über 8.000 Muslime von serbischen Militärs exekutiert worden waren, ist ein exemplarisches Beispiel für die Grausamkeit der Kriegsverbrechen, die in einigen Regionen des ehemaligen Jugoslawien verübt wurden. 20.000 Menschen suchten Schutz vor den angreifenden serbischen Truppen im Camp von Potocari, das von niederländischen UN-Blauhelsmsoldaten bewacht werden sollte. Aber nur 5.000 konnten dort bleiben. Obwohl Srebrenica von den Vereinten Nationen zur Schutzzone erklärt worden war, in die Zivilbevölkerung vor Übergriffen (para)militärischer Einheiten geschützt werden sollte, verwandelte sich die Gegend in das größte Massengrab nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier zeigte sich in besonders tragischer Weise das Versagen der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der westlichen Staatengemeinschaft. Srebrenica unterstreicht die besondere Verpflichtung, die die Europäische Union gegenüber diesem Land und der gesamten Region hat. Mittlerweile hat der serbische Präsident

Tomislav Nikolic für das Massaker um Verzeihung gebeten, allerdings bewertet er es nach wie vor als »Verbrechen« und nicht als Völkermord. Noch vor seinem Amtsantritt galt Nikolic als nationalistisch und arbeitete mit Ultranationalisten zusammen, die jedwede Schuldanerkennung für das Massaker in Srebrenica ablehnten und sich solchen Tendenzen massiv widersetzen. Sein Amtsvorgänger Tadic, selbst in Sarajevo geboren, hatte dagegen 2005 an der Trauerfeier für die Opfer von Srebrenica teilgenommen und die Angehörigen der Opfer um Verzeihung gebeten. Innerhalb seiner Amtszeit verabschiedete das serbische Parlament zudem eine Resolution, in dem das Massaker in Srebrenica verur-



Abb. 3 Protest vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Im bosnischen Srebrenica ermordeten im Juli 1995 bosnisch-serbische Truppen rund 8.000 Männer und Jungen. Unter Leitung von General Mladic hatten die Serben die damalige UN-Schutzzone am 11. Juli 1995 eingenommen. Die niederländischen Blauhelme »Dutchbat« hatten den Angreifern die Enklave kampflos überlassen. Es war der größte Völkermord (Genozid) in Europa nach 1945. Ex-General Mladic muss sich zur Zeit vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal zum früheren Jugoslawien in Den Haag verantworten. © Robin Utrecht, ANP, dpa, picture alliance

teilt wurde. Serbien hat damit während der Amtszeit Tadic's unerlässliche Schritte für die weitere Aussöhnung mit Bosnien-Herzegowina unternommen, jedoch sollte kritisch beachtet werden, wie sich sein Nachfolger Nikolic in diesem Zusammenhang positioniert und äußert.

Kopenhagener Kriterien

Die EU wendet umfassende Prüfverfahren an, die sicherstellen, dass neue Mitgliedstaaten nur aufgenommen werden, wenn sie nachweisen können, dass sie ihre Rolle als Mitglieder in vollem Umfang wahrnehmen können. Dazu müssen sie: alle EU-Standards und -Regeln erfüllen; die Zustimmung der EU-Institutionen und -Mitgliedstaaten erlangen; die Einwilligung ihrer Bürger einholen (entweder in Form der Genehmigung durch das nationale Parlament oder im Rahmen einer Volksabstimmung).

Der Vertrag über die Europäische Union besagt, dass jedes europäische Land einen Antrag auf Mitgliedschaft stellen kann, wenn es die demokratischen Werte der EU achtet und sich für ihre Förderung einsetzt. In einem ersten Schritt muss das Land die wichtigsten Kriterien für den Beitritt erfüllen. Diese wurden zu einem großen Teil 1993 vom Europäischen Rat in Kopenhagen aufgestellt und werden als »Kopenhagener Kriterien« bezeichnet. Beitrittswillige Länder müssen somit folgende Eigenschaften aufweisen:

- (1) Das »**politische Kriterium**«: Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten;
- (2) Das »**wirtschaftliche Kriterium**«: eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten; sowie die
- (3) Das »**Acquis-Kriterium**«: die Fähigkeit, die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen und effektiv umzusetzen, d. h. die Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Rechts, des »gemeinschaftlichen Besitzstandes« (Acquis communautaire) sowie sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen zu machen.
- (4) Die EU muss zudem in der Lage sein, neue Mitgliedstaaten zu integrieren.

Bosnien-Herzegowina

Bosnien und Herzegowina gilt seit dem Europäischen Rat von Thessaloniki im Juni 2003 als potenzieller Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft. Seitdem sind eine Reihe von Vereinbarungen zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina in Kraft getreten: Abkommen über Visaerleichterung, Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen (2008). Die EU setzt im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) weiterhin beträchtliche Ressourcen in Bosnien und Herzegowina ein. Die EUFOR-Operation Althea in Bosnien und Herzegowina wird noch immer fortgesetzt. Aufgrund der verbesserten Sicherheitslage wurden die EUFOR-Althea-Kräfte der EU von 6 000 auf etwa 2 000 Soldaten verringert. Das Mandat der Polizeieinheit der EU (EUPM) wurde bis Ende Juni 2012 verlängert. Die EUPM konzentriert sich weiterhin auf die Polizeireform sowie den Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Korruption.

Bosnien-Herzegowina stellt heute auf der Grundlage des Daytoner Abkommens aus dem Jahre 1995 einen komplexen Föderal-

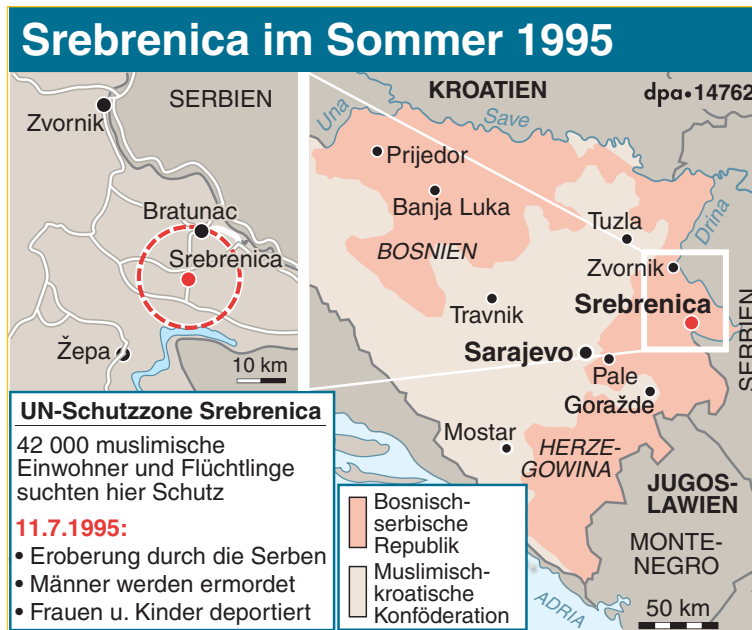


Abb. 4 Das Verbrechen von Srebrenica und die komplexe föderale Struktur von Bosnien-Herzegowina nach dem Dayton-Abkommen
© dpa, picture alliance

staat dar, der aus zwei Entitäten und einem Sonderverwaltungsgebiet besteht, das von beiden Entitäten verwaltet wird. Das politische Parteienspektrum ist stark ethnisch gefärbt und lässt sich inhaltlich kaum in eine politisch-ideologische Richtung einordnen. Dennoch hat Bosnien-Herzegowina erste Schritte in Richtung EU-Integration unternommen: Es hat 2008 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet, das für jedes Land des westlichen Balkans als erste Etappe auf dem Weg in die Europäische Union gilt. Ein weiterer Meilenstein auf dem Integrationsweg Bosnien-Herzegowinas ist die Möglichkeit des visafreien Reisens für seine Bürgerinnen und Bürger seit 2010. Bosnien-Herzegowina ist potenzielles Kandidatenland für die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union, aufgrund der komplexen politischen Lage bleibt jedoch abzuwarten, mit welcher Dynamik und Schnelligkeit sich die weiteren Integrationsschritte entwickeln werden.

Mazedonien

Der Prozess der Annäherung Mazedoniens verläuft derzeit seitens der Europäischen Union sehr zurückhaltend. Beim Gipfel des Europäischen Rats im Juni 2013 ist der Beschluss über eine weitere Annäherung Mazedoniens zum wiederholten Mal nicht auf der Tagesordnung gewesen. Dabei hat Mazedonien mit der Erfüllung der Kriterien von Kopenhagen bereits im Jahr 2005 den begehrten Status eines Beitrittskandidaten erreicht und könnte Verhandlungen über einen Beitritt aufnehmen. Dies ist in den letzten vier Jahren von der Europäischen Kommission bereits vier Mal empfohlen und durch einen fünften, außerordentlichen Bericht der Kommission in den ersten Monaten dieses Jahres noch einmal bestätigt worden. Dieser Bericht war notwendig geworden, weil es Ende Dezember 2012 im mazedonischen Parlament bezüglich der Verabschiedung des Staatsbudgets für das nächste Jahr zu massiven Protesten eines Teiles der Oppositionsabgeordneten kam und diese den Plenarsaal blockierten. Der Sicherheitsdienst des Parlaments griff ein, um den anderen Abgeordneten den Weg in den Plenarsaal zu ermöglichen, wobei es zu tumultartigen Szenen kam und der Parlamentspräsident aus Sicherheitsgründen aus dem Plenarsaal gebracht werden musste. Die EU kritisierte diesen Vorfall scharf und forderte eine Untersuchung der Ereignisse, die durch eine eigens dazu gebildete Untersuchungskom-

mission des Parlaments, bestehend aus Regierungs- und Oppositionsabgeordneten, durchgeführt wird und bis heute andauert. Nichtsdestotrotz wurde in dem außerordentlichen Bericht der Europäischen Kommission die Erfüllung der Kriterien für den Beginn der Beitrittsverhandlungen weiterhin bestätigt. Abgesehen von diesem innenpolitischen Problem wird der Beginn der Beitrittsverhandlungen durch eine Blockade Griechenlands massiv verhindert, da dieses das Nachbarland kennen will. Die Europäische Union verwendet daher ausschließlich die provisorische Bezeichnung »die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien«. Sie lehnt sich dabei an das Interimsabkommen an, das Griechenland und Mazedonien im September 1995 in New York gesessen haben. Es sieht vor, dass Griechenland einem Beitrittsantrag oder einer Mitgliedschaft Mazedoniens in einer internationalen Organisation bis zu einer Lösung im Namensstreit nicht widerspricht, wenn dies unter der Bezeichnung »die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien« erfolgt.

Unter diesem provisorischen Namen wurde Mazedonien auch in die Vereinten Nationen aufgenommen, der Staatsname nach maze-



Abb. 6 Namenstreit um »Mazedonien« -bzw. »Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien«. Griechenland sperrt sich gegen den Namen »Republik Mazedonien« u. a., weil es in Zukunft möglicherweise mazedonische Gebietsansprüche gegen die gleichnamige nordgriechische Region Makedonien geben könnte. Inzwischen hat der überwiegende Teil der Nationen »Mazedonien« als Namen anerkannt.

© Petar Jankov, 2013, <http://makedon.eu/bilder/2012/10/Karikatur-Makedonien-vs-Griechenland-1024x754.jpg>



Abb. 5 Am 24. Dezember 2012 war es im Parlament in Skopje, Mazedonien, bei der Verabschiedung des kontrovers diskutierten Staatshaushalts 2013 zu Tumulten innerhalb und außerhalb des Parlaments gekommen. Die gewaltsame Entfernung von Abgeordneten der Opposition und Journalisten aus dem Parlamentssaal durch das Sicherheitspersonal führte dazu, dass die größte Oppositionspartei, die Sozialdemokratie, das Parlament boykottierte und mit dem Rücktritt ihrer Abgeordneten sowie einem Boykott der Kommunalwahlen drohte. Die Parteien überwand den Stillstand schließlich durch eine Vereinbarung vom 1. März 2013, die eine Rückkehr zur normalen Arbeitsweise des Parlaments, die Durchführung der Kommunalwahlen und die Verpflichtung auf strategische Prioritäten und Reformen ermöglichte.

© HaloPix/PIXSELL, dpa, picture alliance

donischer Verfassung lautet »Republik Mazedonien«. Mehr als 100 Staaten weltweit haben diesen Verfassungsnamen bereits anerkannt, darunter viele Staaten der Europäischen Union – nicht jedoch die Bundesrepublik Deutschland. Am 5. Dezember 2011 urteilte der Internationale Gerichtshof, dass Griechenland mit seinem Veto gegen einen mazedonischen Nato-Beitritt im Jahr 2008 gegen das Interimsabkommen verstoßen hat. Es hätte nicht gegen einen Beitritt Mazedoniens unter der provisorischen Bezeichnung stimmen dürfen.

Auf die Initiative des tschechischen Erweiterungskommissars Stefan Füle hin konnte mit einem neuen »Dialog auf hohem Niveau« jedoch vorläufig eine Lösung gefunden werden, um den bestehenden Stillstand des Beitrittsprozesses aufzuheben und zumindest inhaltlich eine weitere Annäherung Mazedoniens an die Europäische Union zu ermöglichen. Von den 35 Kapiteln, die im Rahmen eines Beitritts in die Europäische Union verhandelt werden, können nun erste Gespräche in den Bereichen der Kapitel 23 (Judikative und Grundrechte) und 24 (Justiz, Freiheit und Sicherheit) begonnen werden. Mit diesen beiden Kapiteln beginnen üblicherweise die Beitrittsgespräche zwischen der Europäischen Kommission und einem Beitrittskandidatenland. Die Europäische Kommission

würdigt mit diesem besonderen Vorgehen vor allen Dingen die erzielten Ergebnisse Mazedoniens in den fünf Schlüsselbereichen freie Meinungsäußerung, Rechtsstaatlichkeit, Reformen der öffentlichen Verwaltung, Wahlordnung und Kampf gegen die Korruption. Gerade im letzten Bereich rangiert das Land in internationalen Vergleichen bereits vor einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Deutschland ist einer der wichtigsten Unterstützer und Förderer Mazedoniens in wirtschaftlicher und in technischer Hinsicht.

Serbien und Kosovo

Im März 2012 wurde Serbien, dem größten Land auf dem westlichen Balkan, der Kandidatenstatus verliehen. Noch kurz zuvor aufgetauchte Vorbehalte des Nachbarn Rumänien in Bezug auf die Erfüllung der Kriterien von Kopenhagen konnten ausgeräumt werden. Der Beschluss der Europäischen Union, mit den Vorbereitungen für Beitrittsverhandlungen mit der serbischen Regierung in Belgrad zu beginnen, fußt auf den maßgeblichen Fortschritten in allen vormals als kritisch eingeschätzten Bereichen, insbesondere in der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Als entscheidend wurde das Dialogabkommen mit Kosovo angesehen, einer ehemals serbischen Provinz mit autonomem Status während der Zeit Jugoslawiens, die seit vier Jahren unabhängig ist und selbst Ambitionen für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union verfolgt. Serbien erkennt die Unabhängigkeit der Republik Kosovo nicht an, sondern betrachtet diese als Bestandteil des serbischen Staatsgebiets. Das Land konnte sich im Jahr 2008 bei den Vereinten Nationen mit dem Antrag auf eine Überprüfung der völkerrechtlichen Legitimität der Unabhängigkeitserklärung der Republik Kosovo durch den Internationalen Gerichtshof (IGH) durchsetzen. Dabei wurde festgestellt, dass die Unabhängigkeitserklärung der Republik nicht gegen das geltende Völkerrecht verstoßen hat; allerdings äußerte sich das Gericht nicht über den völkerrechtlichen Status der Republik Kosovo und erkannte weiterhin die UN-Resolution 1244 als bindend an, die die Übergangsverwaltung durch die Vereinten Nationen regelt, aber keine rechtlich bindenden Aussagen zum künftigen Status macht. Für die endgültige Festlegung des völkerrechtlichen Status' der Republik Kosovo ist eine neue UN-Resolution notwendig, für die allerdings auch die Zustimmung Serbiens benötigt wird. Zur Lösungsfindung sind hier die politischen Akteure gefragt.

Das Dialogabkommen, das unter Vermittlung der Europäischen Union zustande gekommen ist, stellt dazu einen wichtigen Beitrag dar. In dem Abkommen wurde festgelegt, dass in den Beziehungen zwischen beiden Ländern der Name der »Republik Kosovo« mit einem Sternchen bzw. einer Fußnote versehen wird, in der erläutert wird, dass Serbien die Unabhängigkeit nicht anerkennt. De facto ändert sich rechtlich gesehen kaum etwas in den Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina, allerdings hat die

Grenzkonflikt Serbien – Kosovo



Abb. 8 Bevölkerungsgruppen in der »Republik Kosovo«

© dpa, picture alliance, 2013

Europäische Union eine Machbarkeitsstudie für die Integration der Republik Kosovo in die Union angekündigt. Dies bedeutet allerdings noch nicht, dass damit die Vereinbarung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens vorbereitet wird. Dies ist zurzeit ebenfalls nicht möglich, da nicht alle EU-Mitgliedsländer die Unabhängigkeit der Republik Kosovo anerkennen, da sie selbst Autonomiebestrebungen auf ihren Territorien befürchten (z. B.: Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern), einem Beschluss eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens aber alle Mitgliedsländer zustimmen müssten. Kosovo erhofft sich aufgrund des Abschlusses des Dialogabkommens mit Serbien die Anerkennung weiterer EU-Mitgliedsländern, was langfristig zur Einführung eines anderen rechtlichen Rahmens in den Beziehungen zur Europäischen Union führen könnte, doch zeichnet sich dies momentan noch nicht ab. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigen in dieser Frage keine geschlossene Haltung, obwohl gerade hier im Sinne einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine einheitliche Stimme die Position der EU auf dem westlichen Balkan massiv stärken würde. Serbien hat durch den Abschluss des Dialogabkommens mit Pristina seine Interessen weitestgehend gewahrt: Es erkennt die Unabhängigkeit der »Republik Kosovo« weiterhin nicht an, erhielt aber in der Sitzung des letzten Europäischen Rates die konkrete Aussicht auf den Beginn von Beitrittsverhandlungen. Die Bedingung ist allerdings, dass sich die Beziehungen zwischen Pristina und Belgrad weiter stabilisieren und die Gespräche weiter fortgesetzt werden. Unabhängig von der zukünftigen Entwicklung ist die »Republik Kosovo« ein potenzielles Kandidatenland für den Beitritt in die Europäische Union, auch wenn hierbei noch viele Hindernisse zu überwinden und Probleme zu lösen sein werden. Neben diesem gewichtigen Problem wird Belgrad dem sozialen, strukturellen und ökonomischen Sektor in Zukunft besondere



Abb. 7 Eine von Serben errichtete Barrikade auf der Brücke über den Ibar-Fluss in Mitrovica im Norden des Kosovos, aufgenommen am 14.2.2013. Im Hintergrund sind serbische Fahnen zu sehen. Der Nato-Angriff auf die damalige »Bundesrepublik Jugoslawien« (Serbien) hatte 1999 die Abspaltung des Kosovos von Serbien ermöglicht. 2008 erklärte sich Kosovo für selbstständig. Serbien erkennt Kosovo als selbstständigen Staat nach wie vor nicht an.

© Thomas Brey, dpa, picture alliance

Aufmerksamkeit und Anstrengungen widmen müssen. In anderen Bereichen, wie der allgemeinen Annäherung an die Europäische Union, sind Fortschritte zu verzeichnen. Von dem Kandidatenstatus und der Aussicht auf den Beginn der Beitrittsverhandlungen erhofft sich Serbien nicht zuletzt positive ökonomische Auswirkungen infolge eines prognostizierten Anstiegs von Auslandsinvestitionen. Damit steht Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und Serbien nichts mehr im Weg. Sollte Serbien die Vereinbarungen mit der »Republik Kosovo« gar bis Ende 2013 umsetzen, könnten Beitrittsverhandlungen bereits im Januar 2014 beginnen. Dazu müssten die bei den Gesprächen mit dem Kosovo erzielten Fortschritte jedoch zunächst von der EU überprüft werden.

Montenegro

Den Status eines Beitrittskandidaten hat Montenegro bereits seit 2010 – die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro haben im Juni 2013 begonnen. Verschiedene Themen, wie zum Beispiel die Unterrichtssprache im montenegrinischen Bildungswesen oder eine den europäischen Standards entsprechende Rahmengesetzgebung der Repräsentation ethnischer Minderheiten im Land, ziehen die Aufmerksamkeit internationaler Organisationen auf sich. Im Jahr 2009 würdigte der Rat der Außenministerinnen und Außenminister der Europäischen Union die Fortschritte Montenegros in vielen Bereichen. Die Parlamentswahlen entsprachen nahezu allen internationalen Standards, und auch den Empfehlungen des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte wurde grundsätzlich nachgekommen. Montenegro wird dennoch auch weiterhin größere Anstrengungen bei der Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit – einschließlich der Unabhängigkeit der Justiz – unternehmen und nachhaltige Ergebnisse bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption vorweisen müssen. Die Stärkung der Verwaltungskapazitäten, insbesondere in qualitativer Hinsicht, zur wirksamen Durchsetzung des geltenden Rechts ist eine weitere wichtige Aufgabe Montenegros. Verstärkte Bemühungen sind zudem in Bezug auf die Gewährleistung der Meinungsfreiheit und dabei besonders der Medienfreiheit



Abb. 9 Basisdaten zu Montenegro

© dpa, picture alliance

notwendig. Vier Jahre lang war die Änderung des Wahlgesetzes beraten worden, bevor sie am 7. September 2011 schließlich mit 71 von 81 Stimmen im Parlament angenommen wurde. Das Wahlgesetz, das noch aus Zeiten der »Bundesrepublik Jugoslawien« stammte, musste an die Verfassung aus dem Jahr 2007 angepasst werden, vor allem im Hinblick auf die darin erwähnte »authentische Repräsentation« der Minderheiten. Die Änderung war ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung Europäische Union. Die Reformbemühungen dürfen jedoch noch nicht als abgeschlossen angesehen werden. Besonders das ordnungsgemäße Funktionieren der nationalen Verwaltung ist, wie auch in den übrigen Staaten des westlichen Balkans, gerade erst dabei, sich an die Verwaltungen der EU-Mitgliedstaaten anzugleichen, wie es im »Acquis communautaire« (Gemeinsamer Besitzstand, die Summe aller Regelungen und Gesetze der Europäischen Union) vorgesehen ist. Montenegro erhofft sich von der Europäischen Union nun einen konkreten Termin, zu dem die Gespräche für einen Beitritt aufgenommen werden.

37

Planspiel in der politischen Bildung: »Fokus Balkan – 28 plus!« Südosteuropa im Unterricht:

Die EU wird wachsen! Der Frage nach den Grenzen der Integrationspolitik der Europäischen Union und der konkreten Möglichkeit der Aufnahme neuer Staaten geht das Planspiel »Fokus Balkan – 28 plus!« auf den Grund, das gemeinsam von der LpB-Baden-Württemberg und dem »Civic-Institut für internationale Bildung« entwickelt wurde.

Sieben Staaten Südosteuropas, darunter u. a. Albanien, Mazedonien, Serbien und die Türkei, möchten in die Europäische Union aufgenommen werden. Die besondere Dynamik eines Erweiterungsprozesses erklärt den Sinn und die historische Dimension der europäischen Einigung und öffnet den unverstellten Blick auf eine oftmals noch unbekannte Region Europas, den Balkan. Mit dieser Methode gelingt es, sowohl Fragen der traditionellen Außenpolitik als auch Aspekte des europäischen Integrationsgefüges zu erschließen und erfahrbar zu machen. Planspiele eignen sich wie kaum eine andere Lehr- bzw. Lernmethode zur Vermittlung auch komplexer politischer Zusammenhänge. Die Teilnehmenden europabezogener Planspiele übernehmen vor dem Hintergrund einer realen Ausgangslage für die

Dauer des Planspiels realitätsnahe Rollen politischer Akteure der Europäischen Union und verinnerlichen hierbei die Problemlagen einzelner Akteure. So entsteht ein besseres Verständnis für die Prozesse innerhalb der Europäischen Union. Zudem lernen die Beteiligten den Entscheidungsablauf und die Politikfelder der EU persönlich kennen. Dadurch wird die Europäische Union greifbarer und durchschaubarer.

Die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg bietet dieses und andere Planspiele regelmäßig Schulklassen zur Durchführung an. Kontakt über die LpB-Außenstelle Heidelberg:
wolfgang.berger@lpb.bwl.de

Das Planspiel findet sich als PDF online unter:

www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/planspiel/pl_fokus_balkan.pdf (4.8 MB)

In der D&E-Ausgabe 57/2009 »Jugend und Europa« finden sich weitere Informationen sowie exemplarische Rollenkarten:

www.deutschlandundeuropa.de/57_09/jugend_eu.htm

Albanien

Albanien war ebenso wie alle anderen Länder des westlichen Balkans beim Europäischen Rat in Thessaloniki im Jahre 2003 als potenzielles Kandidatenland identifiziert worden. Allerdings gab es zunächst Schwierigkeiten bei der Annäherung an die Europäische Union: Im Jahr 2009 reichte Albanien schließlich offiziell den Antrag für die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union ein, aber die Europäische Kommission konnte zunächst keine Empfehlung für die Zuerkennung des Kandidatenstatus' aussprechen.

Die Kommission legte in ihrer Stellungnahme im November 2010 fest, dass Albanien zunächst in zwölf Schlüsselbereichen Anstrengungen unternehmen müsse, um sich den Beitrittskriterien anzunähern. Tatsächlich war es z. B. in Albanien bis 2009 bei Wahlen immer wieder zu Unregelmäßigkeiten gekommen. Insbesondere bei den Parlamentswahlen im Jahr 2005 kam es zu massiven Abweichungen, außerdem zu kurzfristigen Änderungen des Wahlrechts im Jahr 2007 während der Kommunalwahl. Diese und andere Ereignisse führten dazu, dass die Europäische Kommission Albanien die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien nicht bescheinigen konnte.

Die letzte Parlamentswahl im Jahr 2009 wurde von der Europäischen Union dann allerdings als »ordnungsgemäß und demokratisch durchgeführt« bewertet, dennoch kam es im Anschluss zu Protesten seitens der Opposition, der Vorwurf der Wahlfälschung stand im Raum. Oppositionelle traten in den Hungerstreik und nahmen nicht an der Arbeit im Parlament teil, es kam sogar zu



Abb. 11 Albanien Ministerpräsident Edi Rama im Parlament am 15.9.2013. Ramas links-orientierte Koalition schlug im Juni 2013 die bis dato regierende konservative Koalition unter Sali Berisha. Das NATO-Mitglied Albanien strebt unter Rama die rasche Mitgliedschaft in der EU an. © dpa, picture alliance

gewaltsamen Ausschreitungen. Langfristig beruhigte sich jedoch die Lage, die Opposition kehrte ins Parlament zurück und man begann, weiter an der Agenda der EU-Integration des Landes zu arbeiten. Im November 2011 konnte ein Abkommen zwischen der Regierungsmehrheit und der Opposition vereinbart werden, das eine Zusammenarbeit in Schlüsselbereichen für die EU-Integration vorsieht. Des Weiteren wurde 2012 ein nationaler Aktionsplan mit der Europäischen Kommission abgestimmt, sodass mittlerweile von einer erfreulichen Entwicklung gesprochen werden kann. Als Resultat dieser Bemühungen empfahl die Kommission im Oktober 2012 die offizielle Verleihung des Kandidatenstatus' für Albanien, wenn in den Bereichen Justiz und Verwaltung weitere Reformen durchgeführt und die Bestimmungen über die Arbeit des Parlaments reformiert würden.

Seit der Unabhängigkeit des Kosovo im Februar 2008 hegen Teile der albanischen und kosovarischen Elite Bestrebungen zur Vereinigung beider Staaten. Eine Vereinigung des Kosovo mit Albanien widerspricht jedoch dem vom Westen und der kosovarischen Führung akzeptierten »Ahtisaari-Plan« zur Unabhängigkeit des Kosovo. Vor den Parlamentswahlen in Kosovo 2010 wurden diese Bestrebungen jedoch offen von der jungen politischen Protestpartei »Vetëvendosje!« in den Wahlkampf eingebracht, die zumindest die Möglichkeit einer Vereinigung nicht ausschließen wollen. Der griechische Außenminister Dimitris Avramopoulos sagte deshalb wegen Bemerkungen des albanischen Ministerpräsidenten Sali Berisha seine Teilnahme an der Hundertjahrfeier Albanien kurzfristig ab. Berisha hatte erklärt, die Gründerväter Albanien hätten einen Staat »von Preveza bis Preševo, von Skopje bis Podgorica« schaffen wollen.

Literaturhinweise

Europäische Kommission (2013) Strategiepaare und Fortschrittsberichte zum EU-Beitrittsverfahren. http://ec.europa.eu/enlargement/countries/strategy-and-progress-report/index_de.htm

Gerhards, Jürgen (2/2006): Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union: Ein Vergleich Zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei. VS-Verlag, Wiesbaden

Otto, Robert (2013) Expansion der EU – Chancen und Risiken: Auswertung potentieller Beitrittskandidaten am Beispiel Island, Kroatien, Montenegro, Mazedonien, Türkei. Diplomica Verlag, Hamburg.



Abb. 10 Ethnische Verteilung von Albanern auf dem westlichen Balkan. Die politischen Strömungen nach einem »Großalbanien« befinden sich in den einzelnen Siedlungsgebieten derzeit deutlich in einer Minderheitenposition.

© dpa, picture alliance

M 1 Dušan Reljic: EU-Orientierung auf dem Westbalkan hat trotz Euro-Krise Bestand, Tagespiegel 2012

Zum ersten Mal, seitdem es das Eurobarometer gibt, lehnt die Mehrheit der Befragten aus den EU-Mitgliedstaaten die Aufnahme weiterer Länder in die Europäische Union ab. Derzeit sprechen sich 53 Prozent gegen eine erneute Erweiterung der EU aus. Am stärksten ausgeprägt ist die Ablehnung in Deutschland: Nur 20 Prozent würden die Aufnahme weiterer Staaten in die EU begrüßen. Allein in Polen gibt es mit 62 Prozent weiterhin eine eindeutige Mehrheit für die Erweiterung.

Angesichts der Zuspitzung der Eurozonenkrise geht die Bereitschaft der EU-Bürger zur Solidarität mit den »armen Verwandten« in Südosteuropa, die sich als Beitrittskandidaten vor den Toren der EU aufgestellt haben, offenbar abhanden.

Dabei hätten gerade die ökonomisch schwer angeschlagenen Westbalkanländer die ausgestreckte Hand der EU dringend nötig – wie vormals die postsozialistischen Staaten Mitteleuropas oder seinerzeit die postautoritären Staaten Südeuropas (Portugal, Spanien, Griechenland). Immerhin ist die Krise auf dem Westbalkan nur partiell hausgemacht, der überwiegende Teil der akuten Probleme ist die Folge der »Ansteckung« durch das enge Verhältnis zur EU. Seitdem die Wirtschaftskonjunktur in den wichtigsten EU-Partnerländern schwächelt, befinden sich die Volkswirtschaften der Westbalkanländer im freien Fall. Im Außenhandel, den sie zu etwa 60 Prozent mit der EU betreiben, bei den Kapitalinvestitionen sowie im Bankwesen ist die Region weitgehend, in absteigender Reihenfolge, von Deutschland, Italien, Österreich, Griechenland, Frankreich und Ungarn abhängig. Die Krise in der Eurozone hat dazu geführt, dass die Exporte aus Südosteuropa in die EU und die Investitionen von Unternehmen aus der EU schrumpfen. Die Banken auf dem Westbalkan sind weitgehend in italienischer, österreichischer, griechischer und französischer Hand. Viele von ihnen sind gefährdet und weichen daher vor der Vergabe von neuen Krediten zurück.

Die wirtschaftliche Transition ist in den meisten Westbalkanstaaten gescheitert. In den meisten Westbalkanstaaten hat das von der EU, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderen internationalen Partnern gepriesene Transitionsmodell versagt. Zwar sind die Wirtschaftssysteme in der Region in den letzten zwei Jahrzehnten liberalisiert worden, Industrieproduktion und internationale Wettbewerbsfähigkeit sind aber zugleich gesunken, Auslandsverschuldung und Haushaltsdefizite gestiegen. Die weitgehende Privatisierung der Wirtschaft und die massive Aufnahme von Krediten im Ausland haben nicht den versprochenen Modernisierungs- und Exportschub bewirkt. Im Gegenteil: Weite Teile der Realwirtschaft sind untergegangen, und der aufgeblähte Handels- und Dienstleistungssektor ist nicht ertragreich genug, um die Schulden zu bezahlen und neues Wachstum zu ermöglichen. (...)

Mangels realistischer Alternativen wird man in Südosteuropa dennoch den bisherigen Wirtschaftskurs fortsetzen müssen: Die Westbalkanstaaten werden den IWF um neue »Überbrückungskredite« ersuchen. Frisches Geld aus Washington gibt es allerdings erst dann, wenn sie weitere Einsparungen im Haushalt, vor allem bei den ohnehin geringen Sozialleistungen, durchsetzen.



M 2 Die mazedonische Bevölkerung feierte am 17.12.2005 in der Hauptstadt Skopje den »Beitrittskandidatenstatus« Mazedoniens zur Aufnahme in die EU
© dpa, picture alliance

Die wenigen übrig gebliebenen rentablen Unternehmen im Staatseigentum, beispielsweise in den Bereichen der Telekommunikation und der Energieversorgung, sowie die Maut-Autobahnen und Flughäfen werden sie früher oder später an transnationale Investoren verkaufen müssen. Im Grunde kann ganz Südosteuropa nur hoffen, dass es in der EU wirtschaftlich bald wieder bergauf geht. Dann könnten die Länder der europäischen Peripherie erneut mehr in die Kernstaaten der EU exportieren; von dort gelangten wieder Investitionen in die Region, und die lokalen Ableger der westlichen Banken würden erneut mehr Kapital in den Wirtschaftskreislauf pumpen. (...)

Zwei politische Tendenzen in den Westbalkanstaaten überraschen jedoch. Eigentlich sollte man meinen, dass die dramatische Wirtschaftskrise das Vertrauen der Bevölkerung in die postsozialistische politische Ordnung und die Mitgliedschaft in der EU als einzig sinnvolle Zukunftsperspektive erschüttert hat. Aber zum einen finden fast überall in der Region weiterhin passable demokratische Wahlen und, wie jüngst in Serbien, undramatische Machtwechsel statt. Die regionale Stabilität – ein Kernanliegen der EU-Erweiterungspolitik in Südosteuropa seit dem Ende der jugoslawischen Nachfolgekriege – ist trotz des Schiffbruchs bei der Übernahme des westlichen marktwirtschaftlichen Modells bisher nicht grundsätzlich beschädigt. Zum anderen ist der Wunsch nach einem EU-Beitritt in den meisten Westbalkanstaaten mehrheitlich noch vorhanden – trotz der »Ansteckung« durch die Wirtschaftsmalaise der EU und trotz der offenen Ablehnung seitens der meisten EU-Bürger, neue »Mitbewohner« ins »europäische Haus« aufzunehmen. In den Parlamenten werden die von der EU empfohlenen Reformgesetze weiterhin vorbehaltlos verabschiedet. Zwar liegt die Unterstützung eines EU-Beitritts nicht mehr bei 50 Prozent, aber die Zahl der Befürworter hat sich, laut Eurobarometer, zwischen 50 und 60 Prozent gehalten.

Die Stabilität der Demokratie und die Bewahrung der EU-Orientierung im Westbalkan sind frohe Botschaften für die EU. Es muss nun Aufgabe der Politiker sein, sie laut zu verkünden und die EU-Bürger an das zentrale, strategische Ziel der EU zu erinnern: Die Festigung des Friedens auf dem Kontinent durch die Aufnahme neuer Staaten in die Brüsseler Gemeinschaft. Gerade in Zeiten der Schuldenkrise muss der europäische Gedanke gestärkt und weiterverfolgt werden. Mit dem Rückhalt der EU-Bevölkerung.

© Dušan Reljic: EU-Orientierung auf dem Westbalkan hat trotz Euro-Krise Bestand, Tagespiegel 28.8.2012, www.tagesspiegel.de/meinung/andere-meinung/beitrittskandidaten-eu-orientierung-auf-dem-westbalkan-hat-trotz-euro-krisebestand/7064558.html

M 3 Pressemitteilung des EP vom 23.5.2013: EU-Beitritt – Unterschiedliche Aussichten für Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien

Während Bosnien und Herzegowina noch weit davon entfernt ist, die Bedingungen für den Start des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses zu erfüllen, ist die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien bereit, Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen. Dies bekräftigten die Abgeordneten in zwei getrennten Abstimmungen (...). Sie bestanden darauf, dass sich der Umgang mit den Bewerberländern und den potenziellen Kandidaten beim Integrationsprozess nach ihren jeweiligen eigenen Leistungen richten sollte. (...)

»Bosnien und Herzegowina bleibt leider immer noch hinter anderen Ländern in der Region zurück. Um dies zu ändern, brauchen wir ein viel stärkeres Engagement und die Bereitschaft der politischen Eliten, gemeinsam eine klare Vision für Bosnien und Herzegowina zu erarbeiten und umzusetzen«, sagte die Berichterstatterin für Bosnien-Herzegowina, Doris Pack (EVP, DE). »Im Interesse der Bürger müssen wir auch das Geschwür der Korruption entschieden bekämpfen«, fügte sie hinzu.

In der mit Handzeichen verabschiedeten Resolution unterstreichen die Abgeordneten die dringende Notwendigkeit umfassender Verfassungsreformen auf Ebene des Staates wie der Körperschaften, um das Land in eine voll funktionierende Demokratie zu verwandeln. Bosnien und Herzegowina müsse endlich auch das Urteil von 2009 des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Gleichberechtigung beim passiven Wahlrecht umsetzen. (...)

»Die EU begrüßt mit Recht die Fortschritte zwischen Serbien und dem Kosovo. Der Mut, den die Regierungen dieser beiden Länder aufgebracht haben, wird heute auch von den politischen Führungen in Athen und Skopje gebraucht. Der Europäische Rat muss verstehen, dass jemand, der in einer Warteschlange steht keinen Schritt weiterkommt, irgendwann wieder geht«, sagte Richard Howitt (S&D, UK), Berichterstatter für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, der die Mitgliedstaaten der EU dazu aufforderte, die Beitrittsgespräche mit Skopje unverzüglich zu starten. (...)

Die Resolution über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wurde mit 505 Stimmen verabschiedet, bei 61 Gegenstimmen und 31 Enthaltungen.

© www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/2013052...erschiedliche-Aussichten-für-Bosnien-Herzegowina-und-Mazedonien

M 4 Anja Czymmek: Ein kleiner Schritt nach vorn für Mazedonien. Konrad-Adenauer-Stiftung

Mazedonien hat positive Nachrichten aus Brüssel erhalten. Der Fortschrittsbericht 2012 der Europäischen Kommission bedeutet für das Land einen Schritt nach vorne und lässt bei vielen Mazedoniern wieder Hoffnung auf den baldigen Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen aufkommen, weil zum ersten Mal die Verhandlungen zur Lösung des Namensstreits mit Griechenland, auf Anregung der EU-Kommission, parallel zu den Beitrittsverhandlungen geführt werden sollen.

Der Medienberichterstattung und den Statements von Politikern war nach der Veröffentlichung des EU-Fortschrittsbericht 2012 eine positive Resonanz anzumerken. Diese ist besonders wichtig in einer Phase, in der die Frustration im Land über den schleppenden Fortgang des EU-Integrationsprozesses die positive EU-Stimmung zunichte zu machen droht. Nach der Vorstellung des Berichts und den Statements des EU-Erweiterungskommissars, Stefan Füle, und des EU-Botschafters in Mazedonien, Aivo Orav, keimt Hoffnung auf, dass endlich wieder Bewegung in Mazedoniens Integrationsprozess kommt. Dieser begann im April 2001 mit der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsab-

kommen mit der Europäischen Union und setzte sich seit 2005 mit der Erlangung des Kandidatenstatus fort. Bereits im Jahr 2009 war von der Europäischen Kommission erstmals eine Empfehlung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ausgesprochen worden, die seither jährlich wiederholt, aber von Griechenland wegen des sogenannten Namensstreits verhindert wurde. In dem jetzt vorgelegten Bericht, der mit 70 Seiten einen deutlich geringeren Umfang hat als der Bericht 2011, werden die Ergebnisse der Reformbemühungen der mazedonischen Regierung sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Parameter ausführlich erfasst. Dem Fortschrittsbericht vorausgegangen war seit dem 15. März 2012 der Beginn eines so genannten Beitrittsdialogs auf hohem Niveau (High Level Accession Dialogue – HLAD), der einen Mechanismus darstellt, um die Reformbemühungen in Gang zu halten, ohne dass ein Termin für die Beitrittsverhandlungen feststeht. Die Gespräche zwischen der EU und Mazedonien finden seither in fünf Schlüsselbereichen statt. Dies sind: 1) Freie Meinungsäußerung und ethische Standards in den Medien; 2) Stärkung des Rechtsstaats; 3) Reform der öffentlichen Verwaltung; 4) Wahlrechtsreform und 5) Fortentwicklung der Marktwirtschaft.

© www.kas.de/mazedonien, 22.10.2012

M 5 Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien. Durchführung von Reformen im Rahmen des Dialogs auf hoher Ebene und Förderung gutnachbarlicher Beziehungen. Straßburg 16.4.2013

(...) Im Berichtszeitraum entstand eine politische Krise, nachdem es am 24. Dezember 2012 im Parlament bei der Verabschiedung des kontrovers diskutierten Staatshaushalts 2013 zu Tumulten gekommen war. Die gewaltsame Entfernung von Abgeordneten der Opposition und Journalisten aus dem Parlamentssaal durch das Sicherheitspersonal führte dazu, dass die größte Oppositionspartei das Parlament boykottierte und mit dem Rücktritt ihrer Abgeordneten und einem Boykott der Kommunalwahlen drohte. Durch die darauffolgende politische Blockade wurden das Funktionieren des ohne Opposition weiterarbeitenden Parlaments und die Organisation der Kommunalwahlen beeinträchtigt. Die Parteien überwand den Stillstand durch eine Vereinbarung vom 1. März, die eine Rückkehr zur normalen Arbeitsweise des Parlaments, die Durchführung der Kommunalwahlen und die Verpflichtung auf strategische Prioritäten und Reformen ermöglichte. (...) Im November 2012 wurden Änderungen zum Strafgesetzbuch verabschiedet, mit denen die Tatbestände Verleumdung und Beleidigung entkriminalisiert wurden. Außerdem wurde ein neues Gesetz über die zivilrechtliche Haftung für Beleidigungen und Verleumdungen verabschiedet, in dem unter anderem das Höchstmaß an Schadensersatz festgelegt wird, das Zivilgerichte in Verleumdungsfällen zuerkennen können. Die Gesetzesreformen standen im Einklang mit den europäischen Standards. Sie wurden durch Gespräche zwischen der Regierung und dem Journalistenverband im Rahmen des 2011 eingeführten Medienrundtischs und der zugehörigen Arbeitsgruppe erleichtert, wobei auch den Ratschlägen eines Experten des Europarats Rechnung getragen wurde. Bis Ende 2012 nahmen über 200 Richter, Rechtsanwälte, Journalisten und andere Akteure an Schulungen zur freien Meinungsäußerung teil und 2013 wird ein spezifisches Schulungsprogramm für alle mit Verleumdungsfällen befassten Richter durchgeführt, dessen Schwerpunkt auf Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention liegt. (...) Es bedarf erheblicher Anstrengungen, um sicherzustellen, dass die Gerichte die neuen Rechtsvorschriften im Einklang mit den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention umsetzen.

© Europäische Kommission, Fortschrittsbericht über Mazedonien (2012), http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/mk_rapport_2012_de.pdf

Seit zehn Jahren gibt es die Zusage für eine Mitgliedschaft in der EU. Jetzt ist klar: Serbien darf verhandeln, spätestens im Januar 2014. Doch der Weg in den Klub ist noch lang.

Serbien hat den nächsten Schritt zur angestrebten Mitgliedschaft in der Europäischen Union gemacht. Die 27 Staats- und Regierungschef der EU legten beim Gipfeltreffen fest, dass Verhandlungen über einen Beitritt spätestens im Januar 2014 beginnen sollen. Der Balkanstaat Serbien ist seit März 2012 Kandidat für einen Beitritt. Bereits seit 2008 bemüht sich Serbien aktiv um die Aufnahme in die Union. Der Beginn konkreter Verhandlungen hatte sich immer wieder verzögert, weil das Verhältnis zum Staat Kosovo geklärt werden musste. Kosovo hatte sich 2008 für unabhängig erklärt. Serbien betrachtet Kosovo aber als abtrünnige Provinz.

Nicht alle EU-Staaten haben die Unabhängigkeit Kosovos anerkannt. Spanien zum Beispiel fürchtet bei einer Anerkennung eine Verstärkung der Bestrebungen nach Unabhängigkeit im eigenen Landesteil Katalonien. In diesem schwierigen Umfeld hatte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton monatelange Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo moderiert, um eine Annäherung der beiden Staaten zu erreichen. Schließlich wollen beide irgendwann in der Europäischen Union sein. Das von Ashton vermittelte Abkommen regelt vor allem den Status der serbischen Minderheit im nördlichen Kosovo sowie die Beteiligung der Serben im Kosovo an Polizei und Justiz. Das Abkommen wurde unmittelbar vor dem EU-Gipfel vom kosovarischen Parlament gebilligt. Allerdings haben Vertreter der Serben im Nordkosovo bereits erklärt, sie wollten sich nicht an das Abkommen halten und deshalb die für November vorgesehene Kommunalwahl im Norden boykottieren. (...)

Im Kosovo protestierten nationalistische gesinnte Kräfte gegen das Abkommen und für eine Vereinigung mit dem Nachbarstaat Albanien. Angesichts dieser Spannungen rät der deutsche Außenminister Guido Westerwelle zur Vorsicht. Er will die Umsetzung des Annäherungsabkommen zwischen Serbien und Kosovo erst einmal beobachten und dann Verhandlungen über einen EU-Beitritt Serbiens im Januar aufnehmen.

Andere EU-Staaten hatten wie Serbien für einen Starttermin im Oktober plädiert. Der serbische Regierungschef Ivica Dacic sagte am Mittwoch bei einem Besuch in Brüssel, sein Land werde das Abkommen mit Kosovo erfüllen. »Ich hoffe, dass die Beitrittsverhandlungen nicht zehn Jahre dauern, sondern dass wir in vier oder fünf Jahren in der EU sein können«, sagte Dacic bei einer Pressekonferenz mit der EU-Außenbeauftragten Ashton. (...)

Wann Kosovo Verhandlungen mit der EU über einen möglichen Beitritt aufnehmen kann, ist ungewiss. Noch stehen 5500 NATO-Soldaten im Kosovo, um das Land zu stabilisieren. Die EU unterhält eine zivile Mission (EULEX) zum Aufbau des Justizwesens und einer rechtsstaatlichen Verwaltung im Kosovo. Die EU-Außenbeauftragte Ashton hatte im April empfohlen, Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit Kosovo zu beginnen. Die Staats- und Regierungschefs billigten in Brüssel diesen weiteren konkreten Schritt zur Annäherung Kosovos an EU-Standards.

1999 hatte die NATO Kosovo und Serbien angegriffen, um Gewalttaten serbischer Truppen gegen die albanisch-stämmige Bevölke-



M 7 Der EU-Kommissar für »Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik«, Stefan Füle, links, Republik Tschechien, beim serbischen Präsidenten Tomislav Nikolic in Belgrad, Serbien am 18.7.2013. Mit Serbien sollen im Frühjahr 2014 die offiziellen Beitrittsverhandlungen zur EU begonnen werden.

© epa, Koca Sulejmanovic, dpa, picture alliance

ung in der damaligen serbischen Provinz Kosovo zu beenden. Serbien ging gegen die Kämpfer der kosovarischen »Befreiungsarmee« UCK vor. Nachdem der serbische Machthaber Slobodan Milosevic im Jahr 2000 gestürzt wurde, dauerte es noch drei Jahre bis die Europäische Union dem westlichen Balkan, und damit auch dem ehemaligen Kriegsgegner Serbien, beim Gipfeltreffen von Thessaloniki die Mitgliedschaft in Aussicht stellte. (...)

Neben Serbien sind die Türkei, Montenegro, Island und Mazedonien Kandidaten für einen EU-Beitritt. Verhandelt wird im Moment nur mit dem Kleinstaat Montenegro. Die Verhandlungen mit der Türkei stocken. Die Eröffnung eines weiteren Verhandlungskapitels wurde wegen der Polizeigewalt gegen Demonstranten in der Türkei in den Herbst verschoben. Die isländische Regierung will von sich aus die bereits weit gediehenen Verhandlungen aussetzen, weil es in der Fischereipolitik Schwierigkeiten gibt und die Skepsis gegenüber der EU auf der Atlantikinsel stark anwächst.

Zu den potentiellen Kandidaten, die in Zukunft beitreten könnten, gehören nach Angaben der EU-Kommission neben Kosovo auch Bosnien-Herzegowina und Albanien. Die Europäische Union hat allen Staaten auf dem westlichen Balkan die Aufnahme in die Europäische Union versprochen. Die Geschwindigkeit hänge von der Entwicklung bei den jeweiligen Kandidaten ab, so EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle.

Die Beitrittskandidaten müssen eine Reihe von Reformen vollziehen, um Politik, Verwaltung und Justiz an EU-Vorgaben anzupassen. Besonderes Augenmerk legt Erweiterungskommissar Füle auf die Eindämmung von Korruption und Justizwillkür. (...)

© Deutsche Welle, 28.6.2013, www.dw.de/serbien-beginn-der-verhandlungen-2014/a-16913639